

Stand: 05.05.2026 22:10:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/22896

"Recht auf Asyl schützen, rechtsstaatlich handeln, Zuwanderung durch Einwanderungsgesetz regeln"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/22896 vom 26.06.2018
2. Beschluss des Plenums 17/22946 vom 26.06.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 135 vom 26.06.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Recht auf Asyl schützen, rechtsstaatlich handeln, Zuwanderung durch Einwanderungsgesetz regeln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. den Flüchtlingsschutz europarechtskonform zu bewahren und sich auf Europa- und Bundesebene dafür einzusetzen, dass Flüchtlinge, die in einem anderen EU-Staat registriert sind oder einen Asylantrag gestellt haben, nicht automatisch zurückgewiesen werden;
2. den neuen Lagebericht Afghanistan des Auswärtigen Amtes zur aktuellen Lage in Afghanistan zur Kenntnis zu nehmen und Abschiebungen nach Afghanistan auszusetzen;
3. Geflüchtete in der Regel nach drei Monaten, nur in begründeten Ausnahmefällen nach maximal sechs Monaten, dezentral unterzubringen, wo Integration, selbstständiges Für-sich-Sorgen, Leben und Arbeiten möglich ist;
4. anzuerkennen, dass die Kontrolle und der Schutz der deutschen Außengrenzen Aufgabe des Bundes und der Bundespolizei sind, weshalb auf die Einrichtung einer Bayerischen Grenzpolizei verzichtet werden kann,
5. durch ein Einwanderungsgesetz Zuwanderung transparent zu steuern und hierbei mit einer Stichtagsregelung Altfälle lösen;
6. mit dazu beizutragen, Not und Elend zu lindern, Probleme und Fluchtursachen zu beseitigen, Völkermord und Vertreibung zu stoppen, anstelle sie durch Waffenexporte zu befördern und für faire Handelsbeziehungen zu sorgen.

Begründung:

1. Wird an der Grenze zu Deutschland ein Asylgesuch vorgebracht, muss nach EU-Recht (Dublin-III-Verordnung) ein förmliches Verfahren durchgeführt werden, um den Staat zu bestimmen, der für das Asylverfahren zuständig ist. Der Vorrang des EU-Rechts ist auch im deutschen Asylgesetz (§ 18 Abs. 4 Nr. 1 AsylG) vorgeschrieben: Von der Einreiseverweigerung oder Zurückschiebung ist im Falle der Einreise aus den Mitgliedstaaten abzusehen, soweit Deutschland auf Grund von Rechtsvorschriften der EU zuständig ist.

Der zuständige Staat ist nicht zwangsläufig der EU-Ersteinreisestaat – und aus deutscher Sicht in den allermeisten Fällen auch nicht der Nachbarstaat. Bei der Bestimmung ist die Rangfolge von Kriterien zu beachten (Art. 7 Dublin-III-VO). So geht zum Beispiel die Herstellung der Familieneinheit vor. Wenn es sich um einen unbegleiteten Minderjährigen handelt, ist in der Regel der Staat zuständig, in dem der/die Minderjährige sich aufhält oder der Staat, in dem sich Familienmitglieder aufhalten (Art. 8 Dublin-III-VO). Das Recht auf Familieneinheit gilt auch für Ehe-/Lebenspartner und minderjährige Kinder und ihre Eltern.

Ob sich Familienangehörige in Deutschland oder einem anderen als dem Einreisestaat befinden, kann man nicht feststellen, wenn man Menschen an der Grenze einfach abweist. Die Pflicht zur Durchführung eines Dublin-Verfahrens ist gem. Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Dublin-III-VO auch dann vorgesehen, wenn der Antrag an der Grenze gestellt wird.

Das Zurückweisen von Schutzsuchenden an inner-europäischen Grenzen wäre ein Bruch dieser Verpflichtung und ein weiterer Schritt zur Entrechtung von Flüchtlingen, der einen Dominoeffekt auslösen könnte: Jeder Staat schiebt dem nächsten die Verantwortung zu. Kein Staat ist mehr willens, die Fluchtgründe von Schutzsuchenden in einem rechtsstaatlichen Verfahren zu prüfen. Es drohen refugees in orbit – Schutzbedürftige, die niemand aufnehmen will. Deutschland schiebt ab nach Österreich, Österreich nach Ungarn, Ungarn nach Serbien – ein Staat außerhalb der EU, der sich seinerseits kaum an Vereinbarungen gebunden sieht.

Um zu verhindern, dass Menschen derart schutzlos gestellt werden, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) verabschiedet. Das Europarecht – das Dubliner

Übereinkommen – schaffte ab 1990 die Möglichkeit mehrerer Asylverfahren in Europa ab, sollte aber gleichzeitig sicherstellen, dass für ein rechtsstaatliches Asylverfahren eines Schutzsuchenden ein Staat verbindlich zuständig ist.

Dieses eindeutige Bekenntnis zum europäischen Flüchtlingsschutz und seine Regeln droht der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, nun zur Disposition zu stellen. Statt sich auf europäischer Ebene für eine faire Verantwortungsteilung stark zu machen, würde sich Deutschland in die Reihe derjenigen EU-Staaten stellen, die sich der Verantwortung für Flüchtlinge entziehen wollen. Damit legte der Innenminister Hand an ein wertebasiertes und menschenrechtlich aufgestelltes Europa.

2. Seit wenigen Wochen liegt der neue Lagebericht des Auswärtigen Amtes zu Afghanistan vor. Die Fertigstellung des Lageberichts hatte sich immer wieder verzögert, da die Funktionsfähigkeit der Deutschen Botschaft in Kabul seit dem schweren Anschlag im vergangenen Jahr massiv und anhaltend eingeschränkt ist. Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich im Vergleich zum Bericht von 2016 deutlich verschlechtert. Das konstatiert auch der aktuelle Lagebericht des Auswärtigen Amtes. Es wäre daher verantwortungslos, die Abschiebungen nach Afghanistan auszuweiten. Grundsatz muss sein, dass das Leben und die Unversehrtheit der abzuschiebenden Person nicht gefährdet werden. Bei einer Rückkehr nach Afghanistan ist dies zurzeit nicht gegeben. Durch die aktuellen Informationen des Auswärtigen Amtes müsste also gerade jetzt eine noch genauere Prüfung dazu

stattfinden, ob Gefahr für Leib und Leben droht, statt eine Aufweichung der Abschiebungsbeschränkungen vorzunehmen.

3. Die Unterbringung in isolierten Großeinrichtungen – seien es nun Transfer-, Transit- oder kombinierte Aufnahme- und Rückkehrinrichtungen – zeigt bereits ihre fatalen Folgen. Sie sind Orte der Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit, um die Menschen zur „freiwilligen“ Erfüllung ihrer Ausreisepflicht zu bringen. Die Menschen sind häufig länger als sechs Monate in diesen Einrichtungen, theoretisch ist ein Unendlichkeitsaufenthalt in diesen Lagern denkbar. Die Verwahrung in Enge, ohne Privatsphäre, ohne Tagesgestaltungsmöglichkeit oder Möglichkeit für sich selbst zu sorgen, mal selbst zu kochen, die Perspektivlosigkeit, die Unsicherheit und das Fehlen jeglicher Privatsphäre verursachen massive Spannungen. Daher sind – wie bis vor kurzem noch – Geflüchtete in der Regel nach drei Monaten dezentral unterzubringen, wo Integration, selbstständiges Für-sich-Sorgen, Leben und Arbeiten möglich ist. Derzeit stehen in Bayern 50.000 dezentrale Unterkünfte leer, es besteht auch von daher kein Bedarf an Anker- oder Rückkehrzentren.
4. Durch ein Einwanderungsgesetz ist Zuwanderung transparent zu steuern. Mit einer Stichtagsregelung soll der Spurwechsel für diejenigen ermöglicht werden, die sich bereits gut integriert haben.
5. Zur Beseitigung der Fluchtursachen gehört, dass die Probleme der Fliehenden ernst genommen werden, und überprüft wird, wo und wie durch europäisches Handeln Fluchtursachen geschaffen werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/22896

Recht auf Asyl schützen, rechtsstaatlich handeln, Zuwanderung durch Einwanderungsgesetz regeln

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Tobias Reiß

Abg. Florian Ritter

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Claudia Stamm

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Christine Kamm

Abg. Alexander Muthmann

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Volkmar Halbleib

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich komme zu den Dringlichkeitsanträgen zurück und rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU)

Neuordnung der Migrationspolitik: Begrenzung, Steuerung und Ordnung von Zuwanderung! (Drs. 17/22853)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Versäumnisse in der Asylpolitik korrigieren - geltendes deutsches und europäisches Recht anwenden! (Drs. 17/22894)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)

Zusammenhalt statt Spaltung, Sachlichkeit statt Populismus: Für eine verantwortungsvolle Flüchtlings- und Migrationspolitik! (Drs. 17/22895)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Recht auf Asyl schützen, rechtsstaatlich handeln, Zuwanderung durch Einwanderungsgesetz regeln (Drs. 17/22896)

Erster Redner ist Kollege Reiß.

Tobias Reiß (CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir in die inhaltliche Debatte einsteigen, darf ich noch einen – –

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD) – Zuruf von den GRÜNEN:
Welche Inhalte? – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Reiß, warten Sie einen Moment! Das hat ja keinen Sinn; da hört keiner etwas; die Stenografen können nichts mehr schreiben. – Jetzt, bitte, Herr Reiß. – Ich bitte doch um etwas mehr Ruhe im Saal.

Tobias Reiß (CSU): Ich darf zunächst bekannt geben, dass wir in unserem Dringlichkeitsantrag 17/22853 eine kleine Umformulierung im Satz 2 vornehmen. Dieser beginnt mit den Wörtern "Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang die Anordnung des Bundesministers des Innern" und endet mit den Wörtern "die bereits in einem EU-Land einen Asylantrag gestellt haben." Dieser Satz soll um die Wörter ergänzt werden: "oder dort als Flüchtlinge registriert wurden." Damit wird letztendlich aufgegriffen, dass es auch in anderen Ländern registrierte Zuwanderer gibt, die dort beispielsweise auf Basis eines Visumverfahrens einreisen. Für diese soll es natürlich keine Zurückweisung an der Grenze geben.

Die Diskussion und die Debatte sind heute womöglich auch deshalb so aufgeheizt, weil wir alle wissen, welche immensen Belastungen die bayerische Bevölkerung und der Freistaat durch die Anzahl der in den letzten Jahren nach Deutschland und Bayern gekommenen Asylbewerber zu tragen haben. Wir stehen, angefangen von der Integration von Bleibeberechtigten bis hin zur Rückführung von Unberechtigten, natürlich immer noch vor immensen Herausforderungen. Eines, Frau Kollegin Kohnen, ist aber auch klar und sicher: Kein anderes Bundesland hätte diesen Zustrom besser bewältigt. Bayern ist hilfsbereit, Bayern ist weltoffen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Wir stehen auch zu unserer humanitären Verpflichtung, und zwar uneingeschränkt, denjenigen zu helfen, die wegen politischer Verfolgung oder Bürgerkrieg bei uns Schutz suchen. Dafür erbringen wir enorme Integrationsleistungen. Ich darf dazu den ehemaligen Verfassungsrichter Paul Kirchhof aus dem Jahr 2016 zitieren, der in sei-

ner Rede zum Jubiläum "70 Jahre Bayerische Verfassung" im Jahr 2016 ausgeführt hat:

In der aktuellen Frage von Flucht und Zuflucht beweist gerade Bayern, das in seiner geografischen Lage von dieser Aufgabe besonders betroffen ist, in Amt und Ehrenamt eine generöse Hilfsbereitschaft und Humanität, gewährleistet aber auch in dieser Krise – einem ausdrücklichen Auftrag der Verfassung folgend –

(Beifall bei der CSU)

die Herrschaft des Rechts, des Friedens, der Sicherheit und die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates.

Das ist es, meine Damen und Herren, was uns antreibt.

Die Integration wird auf Dauer nur leisten können, wer klar zwischen Schutzbedürftigen und denjenigen unterscheidet, die keines Schutzes bedürfen. Daran führt kein Weg vorbei. Wir wollen diese Unterscheidung möglichst frühzeitig treffen – Herr Kollege Aiwanger, das bringen Sie in Ihrem Antrag ja auch zum Ausdruck –, am besten schon in den Herkunfts- oder Transitländern oder an den Außengrenzen der EU. Ich füge selbstverständlich hinzu: Deutschland muss notfalls bereit und willens sein, dies auch an den nationalen Grenzen zu tun.

Eine glaubwürdige Asylpolitik bedarf einer konsequenten Begrenzung, Steuerung und Ordnung der Migration. Wir als CSU haben in der Asylpolitik seit dem enormen Zustrom im Jahre 2015, Herr Kollege Arnold, vieles erreicht, auch gegen Ihren Widerstand. Ich nenne die Wiedereinführung der Grenzkontrollen, die Einschränkungen beim Familiennachzug und die Ausweitung der Zahl der sicheren Herkunftsstaaten. Natürlich müssen jetzt aber auch noch weitere entscheidende Schritte folgen, um das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit dieses Staates wiederherzustellen.

Auch 2018, auch in diesem Jahr haben wir Monat für Monat 10.000 bis 15.000 Asylanträge zu verzeichnen. Die Mehrzahl der Antragsteller ist nicht schutzbedürftig.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Deswegen dürfen sie trotzdem einen Antrag stellen!)

Nach den Zahlen des Jahres 2017 lag die Quote der Schutzbedürftigen bei etwas über 40 %. Zugleich lässt sich für 2017 aber auch feststellen: Über 60 % aller positiven Asylentscheidungen innerhalb der EU sind auf einen einzigen Mitgliedstaat entfallen, nämlich auf Deutschland – auf Deutschland, das gerade einmal 16 % der Einwohner der EU stellt. So viel zur Behauptung, Deutschland sei innerhalb der EU nicht solidarisch.

Es liegt auf der Hand, dass auch ein starkes und wohlhabendes Land wie Deutschland einen unbegrenzten und unkontrollierten Zustrom von Migranten auf Dauer nicht verkraften kann. Kein Land der Welt kann unbeschränkt Flüchtlinge aufnehmen. Sogar die SPD-Bundesvorsitzende Andrea Nahles hat gesagt: "Wir können nicht alle bei uns aufnehmen." Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eine weitere Aussage zitieren: "Damit spricht sie eine Selbstverständlichkeit an. Zum Rechtsstaat gehört auch, dass das Land wieder verlassen muss, wer nach einem Prüfverfahren keine Aufenthaltsberechtigung hat." – Zitatende. Das ist kein Zitat von Markus Söder oder von Horst Seehofer, es ist ein Zitat und eine Aussage von Markus Rinderspacher aus der letzten Woche. Ich bin natürlich gespannt, wie Sie sich zu unserem Antrag stellen. Wir haben alle im Koalitionsvertrag festgeschrieben: Die Situation von 2015 darf sich nicht wiederholen. Das haben wir den Menschen versprochen, und das setzen wir jetzt um.

(Beifall bei der CSU)

Bundesinnenminister Horst Seehofer hat dazu diesen Masterplan Migration mit etlichen Neuordnungen ausgearbeitet und angekündigt. Wir unterstützen die von ihm in diesem Masterplan skizzierten und zum Ausdruck gebrachten Zielsetzungen. Bundesinnenminister Seehofer hat erläutert, dass er die Ordnung, Steuerung und Begrenzung der Migration nach Deutschland und Europa getreu dem Koalitionsvertrag neu regeln möchte, in den Herkunftsländern, in den Transitländern, in der Europäischen Union und nicht zuletzt in Deutschland. Ich habe das vorhin schon ausgeführt. Sie kennen

zum Beispiel die Vorschläge unseres Entwicklungshilfeministers Gerd Müller, der einen Marshallplan für Afrika skizziert hat. Er war in die Ausarbeitung dieses Plans eingebunden.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Tobias Reiß (CSU): Nein. – Dieser Plan sieht aber auch eine Zurückweisung an der Grenze vor. Darüber haben wir in den letzten 14 Tagen intensiv diskutiert. Für unsere Fraktion darf ich klar zum Ausdruck bringen: Wir begrüßen alle Bemühungen um eine europäische Lösung. Wir wollen natürlich am liebsten einen lückenlosen Grenzschutz an den europäischen Außengrenzen, bei dem direkt an der Außengrenze entschieden wird, wer eine Bleibeperspektive hat und wer nicht. Wir sind aber pragmatisch, und wir sind Realisten. Wir warten schon seit drei Jahren auf europäische Lösungen, leider vergeblich. Wir müssen feststellen, dass die politischen Rahmenbedingungen für eine solche europäische Lösung nicht einfacher geworden sind.

Herr Kollege Arnold, ich frage Sie daher: Wie lange sollen wir noch warten, um geltendes deutsches Recht durchzusetzen? Wie lange sollen wir Asylsuchenden, gegen die Wiedereinreisesperren und Aufenthaltsverbote verhängt worden sind oder die nachweislich bereits in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt haben, noch die Einreise gestatten? – Dabei geht es nicht, wie das behauptet wird, um Grenzsicherungen. Es geht schlicht und einfach um effektive Grenzkontrollen. Wir wollen diejenigen an der Grenze zurückweisen dürfen, von denen wir schon bei der Einreise wissen, dass sie eigentlich weder einreisen noch bleiben dürfen. Das ist für mich völlig einsichtig und nachvollziehbar.

Ich habe ein weiteres Zitat des Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft zu diesem Thema. Er sagt: Die ganze Diskussion über "Anker-, Bundesausreise- oder sonstige Zentren" würde sich erübrigen, wenn die Bundespolizei "jeden Ausländer ohne Einreiseberechtigung an unseren Binnengrenzen wieder rechtskonform

konsequent in unsere zweifelsohne sicheren Nachbarstaaten zurückweisen oder zurückschieben dürfte".

(Thomas Gehring (GRÜNE): Also nach Österreich? Haben Sie ein Abkommen mit dem Herrn Kurz?)

Das sagt der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ernst Walter, der Deutschen Presse-Agentur. Deshalb befürworten wir die Anordnung des Bundesinnenministers zur Zurückweisung von Asylsuchenden an der deutschen Grenze mit sofortiger Wirkung für alle Fälle von Wiedereinreisesperre und Aufenthaltsverbot. Wir befürworten seine Ankündigung, dass bereits jetzt eine Zurückweisung derjenigen vorbereitet wird, die bereits in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt haben.

Unabhängig davon halten wir es selbstverständlich für richtig und wichtig, die Bemühungen um eine europäische Lösung fortzusetzen, um für eine gerechtere Verteilung der mit dem Zuzug verbundenen Lasten zu sorgen, mehr Initiativen zur Verbesserung der Lebensperspektiven in den Herkunftsländern zu starten und zu einem wirksameren Schutz der Außengrenzen zu kommen. All diese Dinge diskutieren wir hier.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind hier nicht gewählt, um nur unsere Wünsche zu formulieren oder auf bessere Einsichten anderer zu warten. Wir tragen für dieses Land Verantwortung. Das bedeutet auch Bereitschaft zu entschlossenem Handeln, wenn das nötig ist. Wir wollen verhindern, dass Kräfte der politischen Mitte durch einen weiteren Vertrauensverlust geschwächt werden.

(Florian von Brunn (SPD): Herr Reiß, wo sind denn die ganzen Kollegen der CSU? Interessiert sie das Thema nicht?)

Dieser Vertrauensverlust kann letztlich die Stabilität unserer Demokratie gefährden. Herr von Brunn, darin liegen die eigentlichen Gefahren für die europäische Einigung, für das Miteinander innerhalb der EU, für die Grundwerte dieser unserer Gemein-

schaft. Bei der geforderten Begrenzung der Zuwanderung geht es auch nicht um irgendeine Zahl, es geht darum, eine Flüchtlingspolitik zu unterstützen, die von breiten Schichten der Bevölkerung getragen wird, eine Flüchtlingspolitik, die deutlich macht, dass der Staat die Kontrolle hat und handlungsfähig ist.

Der Freistaat Bayern schöpft dabei auf Landesebene bereits jetzt alle Möglichkeiten aus, die zur konsequenten Steuerung, Begrenzung und Ordnung der Migration zur Verfügung stehen. Wir alle wissen aber: Die wesentlichen Zuständigkeiten liegen auf Bundesebene und auf europäischer Ebene. Wir fordern die EU und den Bund deshalb auf, ihrer Verantwortung ebenfalls gerecht zu werden. Die Bayerische Staatsregierung geht voran: Am 5. Juni 2018 hat die Staatsregierung einen Bayerischen Asylplan zur Steuerung, Begrenzung und Ordnung der Migration beschlossen, der unsere uneingeschränkte Zustimmung und Unterstützung hat und der Ihnen in allen Einzelheiten bekannt ist.

Mit diesem Plan packen wir die Probleme an. Herr Kollege Arnold, wir lösen die Probleme, wir schieben sie nicht auf die lange Bank. Der Asylplan enthält etliche Punkte, die wir von Bayern aus beeinflussen können: Ausreisepflichtige müssen unser Land verlassen. Wer kein Bleiberecht hat, muss unser Land wieder verlassen und muss konsequent in sein Heimatland zurückgeführt werden. Wir werden das mit eigenen Abschiebeflügen von Bayern aus sicherstellen. Wir planen weitere Abschiebehaftplätze, damit sich Abzuschiebende ihrer Ausreise nicht entziehen können. Wir schaffen Anker-Zentren; denn es bedarf schnellstmöglich der Klarheit über den Ausgang des Asylverfahrens, auch für diejenigen, die zu integrieren sind. Wird ein Asylbewerber anerkannt, kann zügig mit der Integration begonnen werden. Wird er abgelehnt, muss die Rückführung so schnell wie möglich durchgesetzt werden. Nur so können wir die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung erhalten und die Integration zum Erfolg führen.

In diesen Anker-Zentren werden alle wichtigen Behörden zusammenarbeiten, von der Zentralen Ausländerbehörde über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bis zu den Jugendämtern und den Verwaltungsgerichten, um eine Bündelung und eine Effizi-

enzsteigerung bei den Entscheidungen zu erreichen. Wir stärken das Rückführungsprogramm für Afrika und wollen die Zahl der freiwilligen Ausreisen weiter steigern. Mit gezielten Anreizen, Hilfen und Gegenleistungen wollen wir die Aufnahmebereitschaft der Herkunftsstaaten stärken. Wir setzen auf Sicherheit und Ordnung, vor allem im Umfeld der Asylbewerberunterkünfte. In den letzten Wochen haben wir es immer wieder erlebt. Deshalb: Personen, die Gewalt gegen Polizei- und Sicherheitskräfte ausüben oder randalieren, haben ihr Gastrecht verwirkt.

(Beifall bei der CSU)

Wir befürworten die Pläne der Staatsregierung, eine Taskforce des Landesamts für Asyl und Rückführungen einzurichten, um Ausreisen dieser Personen zu beschleunigen. Wir werden den Vorrang der Sachleistungen vor Geldmitteln wieder einführen, um keine falschen Anreize zu setzen. Wir schaffen die Möglichkeit zu gemeinnütziger Arbeit, und wir sorgen für Sicherheit an der Grenze. Diese Sicherheit ist Voraussetzung für die Freiheit. Diese Sicherheit ist auch Voraussetzung für ein gelingendes Europa. Wirksame Binnengrenzkontrollen an den deutschen Grenzen sind unerlässlich, solange der EU-Außengrenzschutz nicht funktioniert. Damit schützen wir unsere Bürgerinnen und Bürger. Wir bekämpfen damit illegale Migration, menschenverachtende Schleuserbanden und grenzüberschreitende Kriminelle. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns auch dafür aus, dass die Bayerische Grenzpolizei die Befugnisse bekommt, in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei an der deutschen Grenze zu kontrollieren und nach den Regeln der Bundespolizei auch zurückzuweisen. Das gehört ebenso zu einem Rechtsstaat wie der Vollzug bestandskräftiger Ablehnungsbescheide des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.

Wir müssen uns an Recht und Gesetz halten. Wer kein Bleiberecht hat, muss unser Land wieder verlassen, ohne Wenn und Aber. Die CSU-Fraktion steht hier an der Seite des Rechtsstaats. Wir stehen vor allem an der Seite unserer Bürgerinnen und Bürger und nehmen ihre Sorgen und Nöte ernst. Und: Wir handeln. Deshalb bitte ich

Sie um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Ihre Anträge werden wir ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen, zunächst vom Kollegen Ritter.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege Reiß, jetzt haben Sie fast ausschließlich zu den von Ihnen angekündigten bayerischen Maßnahmen gesprochen und nicht zu dem Masterplan, aber sei's drum.

Ich habe eine Frage an Sie. Wenn Sie schon so überzeugt sind von dem Masterplan, wären Sie dann auch bereit, hier in diesem Hohen Hause die 63 Punkte dieses Masterplans einzeln zur Abstimmung zu stellen? Wenn nicht, könnten Sie das gegenüber dem Hohen Hause vielleicht kurz begründen? – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Tobias Reiß (CSU): Herr Kollege Ritter, wir wollen Sie ja nicht überfordern.

(Lachen bei der SPD – Zurufe von der SPD: Das ist an Arroganz nicht zu überbieten! Das ist würdelos!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Reiß, wir sind noch nicht fertig. Kommen Sie bitte zurück; die Kollegin Schmidt ist noch dran mit einer Zwischenbemerkung.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Reiß, da Sie vorhin gesagt haben, Sie wollten ernsthafte und sachbezogene Politik machen, und ich Ihnen das auch glaube, und Sie überdies gesagt haben, dass Sie das jetzt entschlossen machen wollen, hätte ich eine verbindliche Bitte an Sie. Dafür schenke ich Ihnen die Zeit. Würden Sie mir bitte wenigstens den Punkt 47 im Masterplan, vielleicht auch den Punkt 60, ausführlich erklären und erläutern, wie Sie ihn entschlossen umsetzen wollen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Machen wir halt eine Stichprobe. Sie brauchen ja nicht alle Punkte zu erklären, aber bitte diese beiden. Das würde mich als Sozialpolitikerin sehr interessieren. – Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Tobias Reiß (CSU): Das ist womöglich genau das Problem dieser Debatte:

(Lachen und Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie wollen sich hier auf formale Argumente zurückziehen, während die Menschen von uns erwarten – –

(Natascha Kohnen (SPD): Die Menschen kennen Ihren Plan nicht!)

– Die Menschen erwarten aber von uns – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich kann Ihnen ja mal die Umfrageergebnisse des ARD-DeutschlandTrends von Mitte Juni nennen:

(Zurufe von der SPD)

86 % der Deutschen wollen konsequentere Abschiebungen, 69 % wollen mehr Sachleistungen statt Geld, und 62 % sind der Meinung, dass Flüchtlinge ohne Papiere nicht nach Deutschland einreisen dürfen.

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Das sind Themen, mit denen sich auch der Masterplan beschäftigt.

(Natascha Kohnen (SPD): Danach haben wir nicht gefragt!)

Der Bundesinnenminister wird sie Ihnen nächste Woche vorlegen. Wir debattieren genau über diesen einen Punkt, an dem wir uns offensichtlich entscheiden müssen. Was tun wir denn, wenn wir auf europäischer Ebene nicht zu einer Einigung kommen?

(Natascha Kohlen (SPD): Wissen Sie, worüber wir reden?)

Wozu sind wir denn bereit, nachdem die Frau Kollegin Nahles sagt: "Wir können nicht alle bei uns aufnehmen"?

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Was heißt es denn, wenn wir das zu Ende denken, dass wir nicht alle aufnehmen können? Was wollen wir tun, wenn wir eine Situation erleben, wie sie 2015 war?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin – Zuruf von der SPD: Wir wollen wissen, was darin steht!)

Dazu müssen Sie sich bekennen. Sie müssen entscheiden, was Sie tun werden,

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte um etwas Ruhe.

Tobias Reiß (CSU): damit sich diese Situation nicht wiederholt. Das ist die Debatte; das ist die Frage, das ist das Kernanliegen, um das Sie sich kümmern sollten.

(Natascha Kohlen (SPD): Das ist würdelos! Das ist Schmierentheater!)

– Ihr würdeloses Verhalten zeigt sich auch in den Umfrageergebnissen.

(Zuruf von der SPD: Pfui!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Herr Reiß. Die Kollegin Claudia Stamm hat ebenfalls eine Zwischenbemerkung.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrter Kollege Reiß, Sie haben gerade davon geredet, dass die Oppositionskollegen sich auf formale Punkte beschränkten. Ich würde gerne noch einmal aus Ihrem Antrag zitieren: "Der Landtag unterstützt den an-

gekündigten Masterplan Migration des Bundesministers des Innern ..." Das ist der erste Satz in Ihrem Antrag. Sie wollen mir jetzt erzählen, dass es formal ist, wenn wir fragen, was in diesem Masterplan drinsteht? Ich als Parlamentarierin habe ein anderes Verständnis davon – ich weiß nicht, welches Sie haben.

(Zuruf: Gar keins!)

Es ist höchst populistisch und unprofessionell, dem Landtag etwas vorzulegen, was wir und auch die Öffentlichkeit nicht kennen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU: Das haben wir nicht gemacht!)

Tobias Reiß (CSU): Aber genau an dieser Formulierung hängt es. Wir unterstützen den angekündigten Masterplan. Wir wissen doch, was in den Grundzügen dieses Masterplans enthalten ist. Ich habe es schon mehrfach ausgeführt.

(Zurufe von der SPD)

Es geht auch um die grundsätzliche Frage, wo wir in der Migrationspolitik stehen und wie wir uns einlassen, um unsere Gesellschaft zusammenzuhalten. Dazu soll diese Debatte dienen. Daher werden wir sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene weiterhin intensiv diskutieren, wie wir die europäischen Regelungen weiterentwickeln und wie wir uns im Freistaat Bayern um die Themen der Integration kümmern.

Dazu stehen wir und dazu steht der Landtag in den Debatten zur Verfügung. Das wird uns in Zukunft im Zusammenhang mit den einzelnen Fragen des Masterplans beschäftigen. Darüber werden wir in den nächsten Wochen sicher noch intensiv diskutieren.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind als Abgeordnete gewählt, um die Probleme dieses Landes zu lösen. Dafür werden wir ordentlich bezahlt. Betrachten Sie uns einmal aus der Sicht des Zuschauers, der Besucher oben auf der Tribüne oder der Leute vor dem Fernseher und fragen Sie sich, was die Leute wohl zu dieser Debatte sagen und ob sie am Ende dieser Debatte der Überzeugung sind: Jawohl, diesen Menschen kann man vertrauen; sie lösen unsere Probleme.

(Zurufe von der CSU)

Lassen Sie diese Frage mal auf sich wirken, und dann hinterfragen Sie Ihre Rolle in Bezug darauf, was Sie als staatstragende Partei, die hier mit absoluter Mehrheit regiert und viel Macht hat, hier und heute abgezogen haben.

(Lachen bei der CSU)

Sie legen uns einen Masterplan zur Abstimmung vor, den es in meinen Augen gar nicht gibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich glaube, dass ein Herr Seehofer diese 63 Punkte noch gar nicht zu Papier gebracht hat. Das unterstelle ich jetzt einfach und werfe Ihnen vor: Es gibt keinen Masterplan. Sie als CSU sind jedoch Master of Disaster. So kann man das nennen.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie zünden hier lauter Blendgranaten. Zunächst haben Sie von einem Bayernplan gesprochen, den Sie irgendwo zu Papier gebracht haben. Dann kommt als nächste Steigerung der Masterplan, den aber keiner kennt. Schließlich gibt es noch den von Ihrem Entwicklungsminister Müller skizzierten Marshallplan. Also Bayernplan, Masterplan, Marshallplan – eine gesteigerte Fülle von Plänen, die angeblich irgendwo existieren,

die aber überhaupt nicht greifen. Der Bürger draußen sieht lediglich, dass Sie die Lage nicht im Griff haben.

Sie alle kennen sicher noch die Sendung "Verstehen Sie Spaß?" In einer Episode wurde Passanten ein Nähplan gezeigt, und sie wurden gefragt: Wo ist denn hier dieser oder jener Stadtteil? Den Passanten wurde gesagt, dass es sich um eine Landkarte handelt. – Nein, es war ein Schnittmuster zum Schneiden eines Rocks und keine Landkarte.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

So etwas legen Sie uns heute vor und wollen uns damit vorgaukeln, dass Sie damit die Probleme im Asylbereich lösen. Wir stellen fest, dass in dieser Koalition in Berlin und auch in Bayern niemand so viel wie Sie an Verwirrung gestiftet hat. Wenn Sie sich jetzt dafür auf die Schulter klopfen, dass es in den letzten Jahren in Bayern noch am besten gelaufen sei, so ist das nicht zuvörderst das Verdienst der Staatsregierung, sondern das Verdienst der vielen Ehrenamtlichen und der gut organisierten Helferstrukturen wie Rotes Kreuz, Feuerwehr und allen, die in die Bresche gesprungen sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Organisationen sind in Bayern Gott sei Dank besser organisiert als in vielen anderen Bundesländern. Sie haben die Wucht abgefangen, sonst wären Sie in Bayern genauso gnadenlos untergegangen.

Wir halten fest: Sie tragen in Berlin einen Großteil an Verantwortung. Der Entwicklungshilfeminister, den ich an einer ganz entscheidenden Schlüsselstelle sehe, hätte in den letzten Jahren etwas tun können – wenigstens jetzt könnte er etwas tun –, zum Beispiel Probleme in der Entwicklungszusammenarbeit lösen. Sie haben mit Manfred Weber, dem Chef der größten Fraktion dort, eine ganz entscheidende Figur auf europäischer Ebene. Er redet von europäischen Lösungen, die er aber nicht bietet und die er auch nicht liefert. Sie haben auf allen Ebenen die wichtigsten Leute sitzen, wobei

man sich fragen muss, wie Sie es mit Ihren wenigen Prozenten überhaupt schaffen, diese Positionen zu besetzen. Sie aber lösen keine Probleme, sondern Sie schaffen ständig neue.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER haben in Bayern bereits 2015 den Antrag auf den Tisch gelegt: Bitte mehr Asylrichter einstellen. – Die sind bis heute nicht eingestellt. Sie haben heute angekündigt, mehr Abschiebehaftplätze und Anker-Zentren zu schaffen. Sie werden alles erst tun – und das nach vielen, vielen Jahren Alleinregierung. Sie kündigen ohne Ende an, liefern aber nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

"Anker-Zentren" ist ein weiteres großes Wort; in der Praxis will das aber keiner. Nicht einmal Herr Kreuzer wollte in Kempten so ein berühmt-berüchtigtes Ankerzentrum. Nichts leichter als das: Erstaufnahmeeinrichtungen werden dann einfach als Anker-Zentren umdeklariert, und es heißt dann: Jetzt hat man eines.

Sie müssen aber schlichtweg Ihre Behördenstruktur so aufstellen – von der Justiz über die Polizei, eventuell auch bei der Zuarbeit zum BAMF und dergleichen – und an der Grenze eine Schleierfahndung durchführen, die wir seit Jahren einfordern, damit Sie in Bayern tun können, was Sie tun müssten. Sie tun das aber nicht, und zünden stattdessen jetzt in Berlin eine Granate nach der nächsten – natürlich aus Sorge vor einem Landtagswahlergebnis. Dabei habe ich Ihnen auch schon 2015 unterstellt – davon bin ich überzeugt –, dass Sie die Probleme zeitnah lösen wollen.

Ich hatte immer den Eindruck, Sie haben in einer gewissen Eskalation, zumindest in der Anfangsphase, ein politisches Kalkül gesehen, linke Parteien nicht mehr wählbar zu machen und selber davon zu profitieren. Das ist Ihnen aber ordentlich auf die Füße gefallen. Sonst hätten Sie damals schon die Richter eingestellt, die Sie bis heute nicht

eingestellt haben. Es ist offensichtlich, dass hier nichts vorwärts geht und Sie weiter Vertrauen verlieren.

Heute haben Sie den strategischen Fehler gemacht, Ihre eigene Blamage hier wieder zur Debatte zu stellen und uns Dinge auf den Tisch zu legen, für die Sie selber keinen Plan haben. Ich denke, dass das Ende der Debatte sein wird: Die Menschen, die diese Debatte mitverfolgen, werden weiter Vertrauen in diese Regierung verlieren. Sie werden weiter ratlos vor diesem Betrieb stehen und sich fragen: Wie geht es in diesem Land weiter?

Wir als FREIE WÄHLER stehen zu geltendem Recht. Wir akzeptieren auch nicht dieses Ausspielen der verschiedenen Ebenen gegeneinander, die Hinweise, man müsse jetzt auf die europäische oder auf die nationale Lösung setzen. Wir haben neben der kommunalen Ebene und der Landesebene zwei weitere Ebenen, und diese Ebenen müssen mit den anderen beiden Ebenen ineinandergreifen.

Dieses komplexe Thema der Migration müssen wir gemeinsam lösen. Wir müssen auf der einen Seite dort begrenzen, wo Menschen ohne Recht zu uns kommen, und in Zusammenarbeit mit der Entwicklungspolitik möglichst schnell eine humanitäre Rückführung organisieren. Auf der anderen Seite müssen wir diejenigen, die hierbleiben können und sollen, gezielt und schnell in den Arbeitsmarkt integrieren. Dann werden junge Männer auch nicht über Monate und Jahre hinweg in Asylheimen dazu verdonnert, nur aus dem Fenster zu sehen, womit dort die Kriminalität geradezu heraufbeschworen wird – auch das ist die Folge einer nicht zu Ende gedachten Politik. Wir müssen schneller zu Entscheidungen kommen. Wir müssen diejenigen, die nicht nach Deutschland kommen dürfen oder schon abgewiesen sind, in ihre Heimat zurückführen, und diejenigen mit einer Bleibeperspektive möglichst schnell in den Arbeitsmarkt integrieren.

Auf allen Ebenen fehlt aber Ihr Wille. Man "reitet ein wenig oben drüber", reißt die Themen an, und spielt dann gegen die eigene Regierung ein wenig Scharmützel, ohne

sich aber wirklich zu trauen. Noch einmal: Ein Herr Seehofer hat noch im Herbst 2017 Frau Merkel als den größten Trumpf der Union angeboten und sagt heute, mit dieser Frau nicht zusammenarbeiten zu können.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

Ich bin überzeugt, dass er das auch schon im Herbst hätte wissen müssen. Insofern ist dieser Spuk an Unglaubwürdigkeit nicht zu übertreffen, und das sieht auch der Bürger. Die CSU kommt immer mehr in die Bredouille. Die Menschen glauben nicht mehr, was Sie ihnen verkünden, weil Sie Ihren Worten keine Taten folgen lassen und nicht das tun, was Sie in Bayern tun könnten und müssten. Folglich muss man sagen: Wieder einmal eine Debatte, die mehr Vertrauen gekostet als Erkenntnisse gebracht hat.

Der Gipfel des Parlamentsbetriebs ist aber – wir müssen es wiederholen –, dass wir hier über einen Plan abstimmen sollen, den Sie selber nicht kennen und der wahrscheinlich nicht einmal existiert. So etwas müssen Sie einmal Ihren Kindern zu Hause erzählen. Das ist Schilda, aber nicht Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bevor ich dem Kollegen Rinderspacher das Wort erteile, möchte Ich Ihnen mitteilen, dass die CSU-Fraktion für ihren Antrag eine namentliche Abstimmung beantragt hat.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben hier in den letzten Jahren im Bayerischen Landtag immer wieder Anträge der Fraktionen zur Flüchtlingspolitik debattiert. Viele Anträge wendeten sich an die Deutsche Bundesregierung, und die Bundesregierung hat in den letzten Jahren gehandelt. Sie hat mit den Stimmen von CDU, CSU und SPD zwei Asylpakete und ein Integrationsgesetz auf den Weg gebracht, und Bündnis 90/DIE GRÜNEN waren an manchen dieser Entscheidungen über den Bundesrat beteiligt.

Nun gibt es einen neuen Koalitionsvertrag mit einem umfangreichen Programm zur Migrations- und Integrationspolitik. Die Landtags-SPD in Bayern steht ohne Wenn und Aber zu diesem Koalitionsvertrag und zu seinem Kapitel zu Integration und Migration, und wir erwarten Vertragstreue von unserem Koalitionspartner, der Union, Pacta sunt servanda, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Anstatt aber die Einzelpunkte des Koalitionsvertrages auch zur Migrationspolitik umzusetzen und endlich ein Zuwanderungssteuergesetz auf den Weg zu bringen, das Deutschland dringend braucht, kaschiert der CSU-Vorsitzende und Bundesinnenminister die Nachlässigkeiten in seinem Verantwortungsbereich mit immer neuen Luftnummern, und Sie beteiligen sich mit diesem Masterplanantrag heute auch daran. Was Sie hier heute abziehen, ist eine reine Luftnummer.

(Beifall bei der SPD)

Der Masterplan von Minister Seehofer ist das Bernsteinzimmer der deutschen Innenpolitik

(Heiterkeit bei der SPD)

mit nur einem Unterschied: Das Bernsteinzimmer gab es tatsächlich. Es ist seit 1945 verschollen. Der Masterplan der CSU war hingegen bereits verschollen, bevor er überhaupt existierte.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dennoch ist das, was wir heute erleben, keine parlamentarische Bagatelle und kein Fauxpas, der einer Fraktion einmal durchrutschen kann, sondern ein dicker Hund und ein starkes Stück: Die CSU im Bayerischen Landtag verabschiedet sich von parlamentarischer Wahrhaftigkeit und übernimmt unverhohlen, ungeniert und unbeirrt das würdelose Fake-News-Instrumentarium eines Donald Trump. Das ist ein Tiefpunkt der po-

litischen Kultur und ein Tiefpunkt in der Kultur Ihrer Fraktion, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ganz Deutschland weiß, dass es keinen 63-Punkte-Masterplan von Bundesinnenminister Seehofer gibt. Seit 108 Tagen ist dieser Masterplan das am besten gehütete Geheimnis der Republik. Dieser Masterplan ist ein Phantom. Selbst der CSU-Generalsekretär Markus Blume, die rechte Hand des CSU-Vorsitzenden, musste in einem beispiellos peinlichen Moment in einer Talkshow letzte Woche einräumen, dass er den Plan nicht kenne, dass dieser im Präsidium der CSU nicht behandelt worden sei und die 63 Punkte nicht vorlägen.

Er kennt den Masterplan nicht, Sie kennen ihn auch nicht, setzen aber dann auf diese Peinlichkeit von letzter Woche noch eine obendrauf. Bisher haben Sie wenigstens immer die Klugheit besessen, Ihre Populismen nur in den Bierzelten vor sich herzutreiben. Jetzt bringen Sie sie in das bayerische Parlament ein. Ich verstehe nicht, dass Sie nicht vor solchen Unwahrhaftigkeiten zurückschrecken, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Der heutige CSU-Antrag gibt einen Vorgeschmack darauf, was mit dem möglichen Einzug der AfD in den Landtag im kommenden Herbst auf uns wartet. Wer gemeint hat, dass erst im November Fake News in Anträgen parlamentarisch verarbeitet würden, hat sich getäuscht. Das ist schon heute nicht mehr nur der AfD vorbehalten. Die Christlich-Soziale Union verlässt mit diesem Phantomantrag das parlamentarische Fundament von Wahrheit und Klarheit. Die CSU verspottet den Parlamentarismus. Sie verhöhnt das Hohe Haus und stellt sich selbst das Zeugnis aus, dass sie es künftig lieber mit Orbán und Trump als mit parlamentarischer Seriosität hält.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Wir waren bereits in den letzten Wochen entsetzt, als Sie die politische Rhetorik im Land auf unnachahmlich negative Art und Weise nach rechts haben driften lassen. Asyltourismus, Belehrungsdemokratie, Antiabschiebeindustrie – mit diesen Begriffen haben Sie die politische Kultur in unserem Land mit Füßen getreten und die politische Stimmung aufgeheizt.

Nun verabschiedet sich die CSU auch noch von allem, was unter den Parteien der politischen Mitte in den letzten Jahrzehnten seit Konrad Adenauer Konsens, ja Staatsräson war. Die Partei Dr. Söders verabschiedet sich vom Multilateralismus und läutet dessen Ende ein. Frau Kollegin Natascha Kohnen hat bereits darauf rekurriert. Das Ende des Multilateralismus ist ein Ziel, das Dr. Söder vor wenigen Tagen als neue Maxime der Staatsräson der Bayerischen Staatsregierung ausgegeben hat. Die Partei Dr. Söders befleckt damit nicht nur das Vermächtnis eines Konrad Adenauer und eines Helmut Kohl, sondern verabschiedet sich auch vom einstigen Wertekonservatismus in Verbindung mit der katholischen Soziallehre, ein Wertekonservatismus, der unser Land gerade mit Blick auf die europäische Einigung stets stabilisiert hat. Diese CSU ersetzt diesen werteorientierten Konservatismus durch den entsetzlichen Spaltpilz eines ultraradikal-konservativen, rückwärtsgewandten Nationalismus der Marke Orbán, Zeman, Kaczynski und Kurz. Diese Radikalisierung von Politik unter dem Stichwort der "Konservativen Revolution" ist der falsche Weg. Dieser Weg führt Europa ins Verderben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Kommen Sie zur Vernunft!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Das ist der Weg, der Europa zu einem sich entsolidarisierenden Kontinent der Zwie- tracht, des Streits und der nationalistischen Egozentrik macht, ein entmenschlichtes Europa, das die einst gepriesenen Werte der Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit mit Füßen tritt. Erinnern wir uns an die Mahnung eines Francois Mitterrand: "Nationalismus bedeutet am Ende immer Krieg" – Spielen wir nicht damit, gehen wir damit verantwortlich um!

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb ist das Störpotenzial der Herren Seehofer, Söder, Dobrindt und Scheuer weitaus gefährlicher als die übliche christsoziale Folkloristik, eine politische Folkloristik, die wir aus den letzten Jahrzehnten kennen und die mit "aufgeblasenen Backen" und "demonstrativer testosterondominierter Breibeinigkeit" gut beschrieben ist. Nein, diesmal ist es mehr als das. Es ist gefährlicher. "Politiker der christsozialen Spitze" sind etwas anderes als "christsoziale Spitzenpolitiker".

(Beifall bei der SPD)

Politiker der christsozialen Spitze entweihen die durchaus bemerkenswerte Geschichte des deutschen Nachkriegskonservatismus mit Blick auf die europäische Einigung und machen sich zu werte- und prinzipienlosen Mitläufern eines Zerstörungspopulismus, der keine Lösungen aufzeigt, sondern Ängste schürt und Probleme schafft. Das ist unverantwortlich. Unverantwortlich ist das!

(Beifall bei der SPD)

Wenn, Herr Minister Herrmann, sogar der amerikanische Präsident Donald Trump der CSU über Twitter dafür Applaus spendet, dass sie die Bundesregierung sprengt und Europa zu spalten droht, dann kann man nur sagen: Trump und diese neue CSU mit diesem neuen Ministerpräsidenten Dr. Söder sind ganz offensichtlich aus einem Holz geschnitzt. Sie produzieren Ängste bei den Menschen, um sich dann in Wahlkämpfen als Retter der Geängstigten zu präsentieren. Die Parallelen sind unübersehbar. Deshalb werden wir bis zum 14. Oktober deutlich machen: Wer in Bayern am 14. Oktober die CSU wählt, wählt Donald Trump mit.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Donald Trump liegt mit seinen Tweets genauso falsch wie die CSU. Die Zahl der ankommenden Flüchtlinge ist dramatisch stark rückläufig. Die Zahl der Straftaten ist

rückläufig, übrigens bei Deutschen wie bei Migranten. Wir haben in Bayern die niedrigste Kriminalitätsrate seit 30 Jahren.

Mit Ihrem Antrag heute und der zugrundeliegenden Zerstörungspolitik der letzten Wochen machen Sie die Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Neofaschisten in Italien erpressbar und begeben sich in die Knebelung und Fesselung beispielsweise des rechtsextremen Matteo Salvini. Damit hintergehen Sie die Politik der deutschen Bundesregierung, und nicht nur das: Sie manövrieren die Bundesrepublik Deutschland in die Sackgasse von Rechtsradikalismus und Nationalismus und machen sie erpressbar. Das ist nicht nur antieuropäisch, sondern auch unpatriotisch und heimatvergessen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Unpatriotisch und heimatvergessen!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Wir ärgern uns ausgesprochen, wenn es in diesen Tagen von "preußischen" Kommentatoren immer wieder heißt, der CSU gehe es ja nur um Bayern. – Nein, der CSU geht es nicht um Bayern.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Der CSU geht es um die CSU. Parteiegozentrik in Reinstform! Der Kollateralschaden für Bayern, Deutschland und Europa wird in Kauf genommen, wenn davon nur die Partei profitiert. Das ist die neue CSU mit Dr. Söder. Sie sind zu einer Partei der Schlagworte verkommen und begnügen sich mit Ankündigungen. In der Regierungserklärung haben Sie 30.000 neue Kitaplätze angekündigt. Vier Wochen später erleben wir im Nachtragshaushalt: Kein einziger Cent wird dafür zur Verfügung gestellt. Dafür gibt es staatliche Programme für dies und jenes, etwa für Raumfahrt.

(Zuruf von der SPD: Mondflug!)

Kein einziger Cent mehr wird für die Kitas zur Verfügung gestellt. Sie sind zu einer Partei der Schlagworte verkommen und genügen sich in rechtspopulistischer Symbolik.

Das gilt auch für den Begriff "Grenzpolizei". Sie suggerieren, dass Sie dazu in der Lage sind, die 817 km lange Grenze lückenlos zu kontrollieren. Dabei kontrollieren Sie nur an drei Autobahnübergängen. Mehr als 70 Straßenübergänge zwischen Bayern und Österreich wurden weder gestern noch heute kontrolliert, noch werden sie morgen kontrolliert werden, die grüne Grenze schon gleich gar nicht. Es sei denn, Sie wollen eine 817 km lange Mauer wie Trump zu Mexiko bauen. Wollen Sie die grüne Grenze eventuell sogar digitalisieren, damit Sie überall gleich online Fingerabdrücke abgleichen können? Wir fragen Sie: Wie dick ist der Stacheldraht, wie hoch der Schlagbaum, wie fest die Mauer, die Sie errichten wollen? Nein, meine Damen und Herren, das ist reine Symbolpolitik. Sie streuen den Menschen Sand in die Augen.

(Manfred Ländner (CSU): Uns so was vorzuwerfen und so daherzureden!)

Zuerst erzeugen Sie Angst, und dann geben Sie vor, Lösungen zu präsentieren, die de facto keine Lösungen sind.

(Beifall bei der SPD)

Nationale Alleingänge schaden nicht nur dem europäischen Gedanken, sondern bringen auch keine Lösungen. Die nationale Antwort der Griechen und Italiener wird wie zeitweise im Jahr 2015 sein, Flüchtlinge einfach ohne Asylregistrierung durchzuwinken. Auf nationaler Ebene Fakten zu schaffen, hat also eher eine unkontrollierte Migration zur Folge, weil dann jeder nur noch an sich selbst denkt. Das kann niemand hier im Hohen Hause ernsthaft wollen.

Dabei überlagert der Streit der CSU mit der CDU die an und für sich ordentliche Regierungsarbeit in Berlin. Ich denke an die Rückkehr zur Parität beim Gesundheitsbeitrag: 6,9 Milliarden Euro Entlastung für die Versicherten. Die Brückenteilzeit kommt.

Die Musterfeststellungsklage im Verbraucherschutz kommt. Die SPD ist der Hort an Stabilität in dieser Bundesregierung,

(Lachen bei der CSU)

während Sie ganz offensichtlich diese Stabilität zu zertrümmern suchen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie des Regierens überdrüssig sind – und dieser Eindruck entsteht – und ganz Deutschland mit Ihrer Regierungsunfähigkeit und Regierungsunwilligkeit nerven, dann ziehen Sie die Konsequenzen und verlassen die Bundesregierung!

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo! Genau!)

In politisch schwierigen Zeiten brauchen Deutschland und Europa Stabilität. Christsoziale Störmanöver und Zerstörungsehnsucht können wir uns in diesen Zeiten nicht leisten. Wir erwarten von der Bundeskanzlerin, dass sie ihre Richtlinienkompetenz wahrnimmt und den Bundesinnenminister zur Rechenschaft zieht. Im Übrigen: Horst Seehofer wäre genau für das zuständig, was die Kanzlerin jetzt in Europa anstrebt, nämlich bilaterale Lösungen mit anderen europäischen Staaten zu finden.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo! So ist es!)

Sie übernimmt die Aufgabe, die eigentlich Horst Seehofer übernehmen müsste. Er hat die letzte EU-Innenministerkonferenz geschwänzt.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss: Im einhundertsten Jubiläumsjahr des Freistaats Bayern stehen wir vor einer Schicksalswahl für unser Land. Die Landtagswahl am 14. Oktober wird die wichtigste seit den 1940er-Jahren und 1950er-Jahren.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Welche Richtung schlägt unser Land ein, antieuropäisch-rückwärtsgewandt und autoritär, wie das Dr. Söder und Herr Kurz am Mittwoch in Linz zelebriert haben, oder frei, solidarisch und gerecht? Dafür steht die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Uns geht es darum, das Prinzip "Leben und leben lassen", die "Liberalitas Bavarica", zu verteidigen. Dafür steht die bayerische Sozialdemokratie mit ihrer Landesvorsitzenden Natascha Kohnen. Freiheit statt Söderndem Orbánismus, sozialdemokratischer Freistaat statt Christsozialem Autoritätsstaat! Wir Sozialdemokraten werden den Europa- und Allgemeinwohlerstörern in Bayern nicht das Feld überlassen.

(Zuruf von der SPD: Bravo! – Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vor allen Dingen zu unserem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/22896 sprechen. Mit diesem Antrag fordern wir Sie auf, den Flüchtlingsschutz europarechtskonform zu bewahren und sich auf Europa- und Bundesebene dafür einzusetzen, dass Flüchtlinge, die in einem anderen EU-Staat registriert sind oder einen Asylantrag gestellt haben, nicht automatisch an der bayerisch-österreichischen Grenze zurückgewiesen werden. Mit europa- und menschenrechtlichen Verpflichtungen ist es nicht in Einklang zu bringen, Menschen, die einen Asylantrag stellen, an den deutschen Grenzen zurückzuweisen. Die bestehenden Europa- und Menschenrechtsverpflichtungen können nicht durch bilaterale Abkommen modifiziert werden, wie es in den letzten Wochen wieder öfter suggeriert worden ist.

Nach der Genfer Flüchtlingskonvention und dem Europarecht muss bei einem Asylantrag ein förmliches Verfahren durchgeführt werden, um den Staat zu bestimmen, der für das Asylverfahren zuständig ist. Dieser Staat ist nicht automatisch der Staat, über

den der Flüchtling zum ersten Mal europäischen Boden betreten hat. Auch unser Nachbarstaat ist ganz sicherlich nicht zuständig, da dieser in den seltensten Fällen das Land sein wird, in dem das erste Mal europäischer Boden betreten wurde. Nach der Dublin-Verordnung sind eine ganze Reihe von Kriterien wie "Aspekte der Familienzusammenführung" oder "Unbegleitete Minderjährige" zu prüfen, bevor der Staat feststeht, in dem das Asylverfahren durchgeführt wird. Das einfache Zurückweisen an innerdeutschen Grenzen wäre ein Bruch der europäischen Flüchtlingsrechte und der Genfer Flüchtlingskonvention und letztendlich ein Versagen des Rechtes auf Asyl.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das führte zu Massen von Menschen im Niemandsland, für die niemand mehr zuständig ist. Diese Menschen werden nach Österreich zurückgeschoben. Was macht Österreich mit diesen Menschen? – Wenn Österreich die Geflüchteten nach Ungarn schiebt, dann schiebt Ungarn die Geflüchteten wieder nach Österreich. Wir müssen in der Asylpolitik verstärkt über die Situation der Menschen nachdenken. Wir müssen die schwierige Situation dieser Menschen im Blick behalten. Die Lage dieser Menschen muss verbessert werden. Daran bemisst sich eine vernünftige Asylpolitik, nicht an pauschalen Schlagworten oder machthaberischem Getue.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dies gilt natürlich auch für die anderen Punkte unseres Antrags. Nächste Woche wird beispielsweise wieder einer dieser unrühmlichen und unsäglichen Abschiebeflüge nach Afghanistan stattfinden. Während sich die meisten anderen Bundesländer nicht an diesem Spektakel beteiligen, werden in Bayern regelmäßig auch Geflüchtete abgeschoben, die alles richtig gemacht haben. Sie sind oft bereits einer beruflichen Tätigkeit nachgegangen, haben sich integriert und sind ein Teil unserer Gemeinschaft geworden. Diese Menschen haben es aber nicht schnell genug geschafft, eine beglaubigte Tazkira aus ihrem Heimatland zu beschaffen. Teilweise wurden diese Menschen sogar mit der endlich erworbenen Tazkira abgeschoben. Die Ausländerbe-

hörde hat behauptet, diese Menschen hätten sich die Tazkira nicht schnell genug beschafft. Diese Situation ist wirklich unsäglich. Diese Menschen würden in anderen Bundesländern im Gegensatz zu Bayern nicht abgeschoben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern ist momentan in der glücklichen Lage, dass große Aufnahmelager nicht benötigt werden. In der "Süddeutschen Zeitung" war vor Kurzem zu lesen, dass 50.000 Plätze in den Gemeinschaftsunterkünften leer stehen.

Warum brauchen wir diese Großlager wie Manching oder Bamberg für mehrere tausend Leute? – Diese kann sowieso kein Mensch beherrschen. Dort werden die Menschen ihrer Privatsphäre beraubt und haben keine Möglichkeit, sich zu integrieren. Dort haben die Menschen keine Möglichkeit, Integrationskurse zu besuchen. Die Menschen können dort nicht einmal eine vernünftige Rechtsberatung in Anspruch nehmen. Den Menschen wird das Arbeiten verboten. Das ist unmenschlich, inhuman und überhaupt nicht nötig. In diesem Jahr werden vermutlich nicht einmal 150.000 Geflüchtete nach Deutschland kommen. Diese Menschen können wir anständig unterbringen und ihnen für die Dauer des Aufenthalts in Deutschland Integration ermöglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Unterbringung in großen Abschiebelagern führt nicht zu einem schnelleren Abschluss der Asylverfahren. Schauen Sie sich nur an, was dort los ist. Die Menschen befinden sich nur deshalb in den Abschiebelagern, weil sich das BAMF mit Italien darüber streitet, wann die Geflüchteten rücküberstellt werden können, da in Italien Fingerabdrücke abgegeben worden sind. Die Menschen verbringen die Zeit bis zur Entscheidung in großen Aufnahmeeinrichtungen. Dies kann einige Monate dauern. Sie haben nicht einmal die Möglichkeit, selbstständig nach Italien zurückzukehren, um ihr Asylverfahren durchzuführen. Diese Regelungen sind nicht vernünftig. Wir sollten es ändern. Wir können es auch ändern.

Wir fordern Sie weiter auf, die Zuwanderung endlich mit einem Einwanderungsgesetz transparent zu steuern. Mit einer Stichtagsregelung sollten Altfälle gelöst werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wäre ein wichtiger Schritt, um die Migration zu steuern. Wir brauchen ein transparentes Einwanderungsgesetz. Wann kommt das? – Wir, die GRÜNEN, fordern dies seit dem Jahr 2000. Sie verweigern das immer wieder und immerzu. Stattdessen kommen von Ihnen unsinnige Vorschläge, wie sie zuweilen in den Medien gelesen werden können.

Meine Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich müssen wir wesentlich mehr dafür tun, um Not und Elend zu lindern, Probleme und Fluchtursachen zu beseitigen, Völkermord und Vertreibung zu stoppen, Waffenexporte nicht zu befördern und für faire Handelsbeziehungen zu sorgen. Im Hinblick auf das Lösen von Not und Elend möchte ich auf das Drama eingehen, das sich derzeit im Mittelmeer abspielt. Dort hat ein sehr großes Containerschiff mit wenigen Seeleuten an Bord etwa 130 geflüchtete Menschen von einem seeuntüchtigen Schiff aufgenommen. Eine eigentlich eiserne Regel der Seefahrt lautet: Menschen, die in Not sind, sind zu retten, und jeder, der sich auf einem derart seeuntüchtigen Schiff befindet, ist in Not. Mit so einem Schiff würden Sie bei Windstärke 3 nicht einmal über den Ammersee fahren.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Verbrecherische libysche Menschenhändler setzen Geflüchtete auf solchen Schiffen im Mittelmeer aus. Die Schiffe sind nach ein bis zwei Tagen nicht mehr seetüchtig, sodass die Menschen in Seenot geraten. Die Menschen an Bord sind unmittelbar vom Ertrinken bedroht, oder sie sterben zuvor an einem Hitzschlag, da sie keinen Sonnenschutz haben. Dieses Containerschiff mit den etwa 130 geretteten Menschen dümpelt seit Freitag letzter Woche vor der Küste Siziliens. Kein europäischer Staat ist bereit, die Menschen an Bord aufzunehmen. Das ist eine Schande für Europa und für unsere christlichen, humanitären Werte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Schande müssen wir entgegentreten. Wir müssen diese Probleme lösen. Wir können diese Geflüchteten nicht einfach an der Küsten Libyens absetzen, wie manche von Ihnen suggerieren. Sie würden damit wieder genau dorthin zurückkehren, woher sie gekommen sind. Sie kommen aus libyschen Lagern, wo sie Folterungen und Vergewaltigungen ertragen mussten und wo ihnen korrupte Schlepper das letzte Geld abgenommen haben, um sie auf ein seeuntüchtiges Schiff zu setzen. Teilweise sind diese verbrecherischen Schlepper genau dieselben, die am nächsten Tag mit der libyschen Küstenwache herumfahren und einen Teil dieser Geflüchteten wieder einsammeln.

Ich verstehe wirklich nicht, was Frontex im Mittelmeer macht. In den letzten zwei Wochen sind über 200 Menschen ertrunken. Frontex scheint offenbar wegzuschauen. Andere schauen offenbar auch weg. Wegschauen ist aber unverantwortlich, es ist mörderisch, und mörderisches Handeln ist keine verantwortbare europäische Flüchtlingspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Muthmann.

Alexander Muthmann (fraktionslos): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Geschäftsordnungsantrag der GRÜNEN auf Nichtbehandlung hat Ihnen noch einmal die Chance gegeben, über die politische Bedeutung und Bewertung Ihrer eigenen Anträge nachzudenken und von einer Abstimmung abzusehen. So müssten Sie sich nicht vorwerfen lassen, dass Sie bereit sind, Ihrem Innenminister Seehofer quasi einen völligen Freibrief auszustellen. Es ist nämlich auch ein öffentliches Bekenntnis zu einer entmündigten Gefolgschaft und einer deprimierenden Verantwortungslosigkeit, wenn ich mit meiner Stimme für etwas eintrete, was ich nicht kenne.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Sie lassen keinen Hauch und kein Mindestmaß an Bereitschaft zu parlamentarischer Kontrolle erkennen. Wie sieht es denn mit Ihrer politischen Selbstachtung aus? Jeder muss für sich entscheiden können. Sie haben auch noch namentliche Abstimmung beantragt, sodass sich keiner seiner Verantwortung entziehen kann. Gerade angesichts der Bedeutung der Themen, die die Vorredner eben inhaltlich beleuchtet haben, ist es ein unsägliches und nicht erklärbares Verhalten, wenn Sie jetzt über einen Masterplan abstimmen, den Sie nicht kennen.

Natürlich weisen Sie richtigerweise darauf hin, dass die Rechtsstaatlichkeit ein ganz wesentliches Element unseres Zusammenlebens darstellt. Deswegen ist es auch erforderlich, im Detail hinzuschauen, ob die umstrittene Zurückweisung an der deutschen Grenze allein auf § 18 des Asylgesetzes gestützt und damit gerechtfertigt werden kann oder ob Dublin III ein solches geordnetes Überstellungsverfahren innerhalb der Europäischen Union erforderlich machen würde, wie auch viele Juristen immer wieder argumentieren. Dies scheint offenbar konkret geplant. Genau wissen wir es aber nicht wirklich. Ist das vorgesehen? Müssen solche Bedenken bei diesem Plan berücksichtigt werden? All das wissen wir nicht. Ich halte es für völlig verantwortungslos, an dieser Stelle einem solchen Masterplan die Zustimmung zu erteilen. Ich werde es jedenfalls nicht machen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Muthmann. – Jetzt hat Kollegin Claudia Stamm das Wort. Bitte schön.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, nach der Diskussion über den Geschäftsordnungsantrag, bei der Sie noch die Gelegenheit gehabt hätten, Ihren Antrag zurückzuziehen, hatten wir in der letzten Bank die Idee, dass wir, die Opposition, geschlossen rausgehen. Stattdessen sind bei Ihnen die Kollegin-

nen und Kollegen scharenweise rausgegangen. Ich finde, das spricht Bände dafür, dass es ein so dringlicher Antrag ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben es ganz offenbar sehr eilig, die Koalition in Berlin und in Europa zu zerlegen. Sie haben es so eilig, dass Sie den ganzen politischen Sprengstoff in einem Dringlichkeitsantrag zusammenpacken. Sie behaupten, die Zurückweisung von Geflüchteten an der bayerischen Grenze würde die europäischen Außengrenzen sichern oder die Zuwanderung stoppen. Ich bin mir da nicht so sicher. Ich empfehle Ihnen, vielleicht einmal mit dem italienischen Innenminister Salvini zu reden. Den habe ich so verstanden, dass er auf keinen Fall in Italien registrierte Flüchtlinge zurücknehmen möchte. Ihr ganzer Antrag läuft einfach ins Leere. Man kann es nicht anders bezeichnen.

Wenn Sie ein einziges Mal ein Modell dafür vorlegen würden, wie Migration in Europa künftig funktionieren könnte, dann könnten wir endlich auch darüber reden. Das ist aber nicht der Fall. Deswegen fordere ich Sie an der Stelle noch einmal auf, Ihren Antrag, über einen Masterplan abzustimmen, den niemand kennt, zurückzuziehen. Nicht einmal Ihr eigener Generalsekretär kennt ihn.

Sie behaupten, im Lagebericht des Auswärtigen Amtes für Afghanistan werde die Sicherheitslage neu bewertet. Ich bezweifle das sehr. Pro Asyl bezweifelt es genauso. Und ich bin mir sicher, dass die vielen Richter, die in den letzten Jahren die Entscheidungen des BAMF zu Afghanistan einkassiert haben, es genauso bezweifeln. Aus dem Lagebericht, der schwer zu bekommen war, den ich aber erhalten habe, geht hervor, dass es im ersten Quartal des Jahres 2018 2.258 zivile Opfer, darunter 763 Tote und 1.495 Verletzte, gegeben hat. Das entspricht den Opferzahlen des gleichen Zeitraums des Jahres 2017. Während aber die Zahl der Opfer von Kämpfen am Boden weiter zurückging, hat sich die Zahl der zivilen Opfer von komplexen Angriffen und Selbstmordattentaten gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres verdoppelt.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, Ihre Zeit.

Claudia Stamm (fraktionslos): Ich habe vier Minuten für einen Dringlichkeitsantrag, und die möchte ich gerne in Anspruch nehmen. Danke. – Im Klartext heißt das, dass die Gefahren für die, die Sie abschieben wollen, gewachsen und nicht gesunken sind, wie Sie es behaupten. Das geht genau aus dem Lagebericht hervor, den Sie in Ihrem Dringlichkeitsantrag als Beleg für Ihre Behauptung, alles sei wieder sicher, bemühen.

Zwischen diese beiden falschen Behauptungen haben Sie eine Menge Propaganda gepackt. Haben Sie die jüngsten Nachrichten, die die Kollegin Kamm gerade erwähnt hat, überhaupt mitbekommen? Haben Sie mitbekommen, dass ein Schiff mit Geflüchteten über das Mittelmeer hin- und herfährt und nirgendwo landen kann? Was wollen Sie da mit Ihrer Bayerischen Grenzpolizei tun? – Nichts! Sie können nichts tun. Sie schauen zu, wenn Menschen hin- und hergeschifft werden, die andere vor dem Ertrinken gerettet haben. Mit Ihren Ideen unterlassen Sie Hilfeleistung. Die neue italienische Regierung wird Ihr Verhalten als willkommenen Anlass ansehen, ihre Häfen wieder dichtzumachen. Sie wiederholen wie ein Mantra, die Lebensperspektiven in den Herkunftsländern deutlich verbessern zu wollen, können aber nicht einmal Schiffbrüchige retten.

In einem gebe ich Ihnen recht: Die Europäische Union hat wirklich versagt, ein europäisches Migrationskonzept zu entwickeln. Der Grund dafür sind aber diejenigen, die Sie hofieren: Orbán, Kurz und der italienische Innenminister Salvini. Wir brauchen eine echte Bekämpfung der Fluchtursachen. Dazu müssen wir über unseren CO₂-Ausstoß reden. Wir müssen endlich wieder über Friedenspolitik reden und damit nicht noch Profit machen. Das ist der Weg, den wir gehen müssen. Wir müssen Fluchtursachen ernsthaft bekämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, einen Hinweis darf ich noch geben: Sie hatten zwei Minuten Zeit. Sie können vier Minuten reden, das hatten Sie zunächst

aber nicht beantragt. Ihren Hinweis auf die vier Minuten werte ich als späten, aber zulässigen Antrag auf vier Minuten.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank für den Hinweis. Dennoch kann ich bei einem Dringlichkeitsantrag vier Minuten in Anspruch nehmen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Das müssen Sie aber vorher sagen. Vielen Dank für diesen Beitrag. – Für die Staatsregierung darf ich jetzt den Herrn Staatsminister des Innern und für Integration ans Mikrofon bitten. Herr Staatsminister Herrmann, bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kern der derzeitigen, bundesweiten Debatte ist offenkundig

(Zuruf von der SPD: Der Masterplan!)

die Ankündigung von Bundesinnenminister Horst Seehofer, dass Asylbewerber, die bereits in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union als Flüchtlinge registriert sind, künftig an deutschen Grenzen zurückgewiesen werden sollen. Zunächst einmal will ich, liebe Frau Kollegin Kamm, darauf hinweisen, dass entgegen dem, was in Ihrem Dringlichkeitsantrag steht, und entgegen dem, was Sie hier ausgeführt haben, das geltende europäische Recht dem nicht entgegensteht.

(Beifall bei der CSU – Christine Kamm (GRÜNE): Das werden Sie schon noch sehen!)

Im Gegenteil: Die maßgebliche Dublin-III-Verordnung regelt ausdrücklich, dass in den Fällen, in denen es Grenzkontrollen zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gibt, grundsätzlich der Staat, aus dem der Asylsuchende ausreisen will, für die Prüfung des Asylgesuchs zuständig ist.

(Horst Arnold (SPD): Grundsätzlich!)

So steht es in dem maßgeblichen Artikel 20 der Dublin-III-Verordnung, der bei Ihnen aber überhaupt nicht auftaucht. Richtig ist, dass es Ausnahmen geben kann, wenn beispielsweise geltend gemacht wird, dass Angehörige des Betroffenen sich in dem Zielstaat aufhalten oder dergleichen. Sie können aber nicht völlig außer Betracht lassen, dass es der ausdrückliche Regelfall im europäischen Recht ist, dass das Land zuständig ist, aus dem jemand kommt, und nicht das, in das er einreisen will. Das ist der Regelfall.

(Unruhe bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Das ist geltendes europäisches Recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke, es ist richtig, dass der Bundesinnenminister jetzt ein deutliches Signal gesandt hat. Offensichtlich wird nur so mancher unserer europäischen Partner aufgerüttelt. Sie werden aufgerüttelt, endlich gemeinsam wirkungsvolle Maßnahmen gegen das unkontrollierte Weiterreisen von Asylbewerbern zu ergreifen. Immerhin ist es erfreulich, dass sich, wie ich höre, die meisten Länder, die am Sonntag bei dem kleinen EU-Gipfel beisammen waren, darin einig waren, dass das geltende EU-Recht auch weiterhin nicht vorsieht, dass sich jemand beliebig aussuchen kann, in welchem europäischen Land ihm Zuflucht gewährt werden kann. In der Regel ist auch weiterhin das Land, in dem er ankommt, für das Verfahren zuständig. Dann wird über alles Weitere entschieden. Wenn er nicht anerkannt wird, dann hat er vom Erstantkunftsland aus auch wieder die Heimreise anzutreten. Das alles ist geltendes Recht. Das ist kein neues bayerisches Landesrecht, sondern das ist geltendes europäisches Recht.

(Beifall bei der CSU)

Ja, es ist wichtig, ein Signal an die Europäische Union zu senden, um zu einer Einigkeit und einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik zu gelangen. Die andere Sache ist, dass wir bereits jetzt weitere Maßnahmen treffen, um dem überwiegenden Wunsch

der Bevölkerung nach Steuerung, nach Ordnung und nach Begrenzung der Zuwanderung stärker gerecht zu werden. Auch das stellt der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion deutlich heraus. Ich begrüße ausdrücklich, dass der Bundesinnenminister bereits letzte Woche bei der Bundespolizei Zurückweisungen von Asylsuchenden angeordnet hat, für die eine Wiedereinreisesperre für Deutschland besteht. Es ist doch geradezu ein völlig absurder Zustand gewesen, dass die Bundespolizei bislang ausdrücklich angewiesen war – offensichtlich von früheren Anweisungen herrührend – auch Leute einreisen zu lassen, gegen die ein ausdrückliches Wiedereinreiseverbot bestand, wenn sie an der Grenze "Asyl" gerufen haben.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wer war denn der Innenminister? Der war doch von der CDU!)

Es war höchste Zeit, dass das korrigiert worden ist, meine Damen und Herren, und das begrüßen wir ausdrücklich.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Selbstverursacher!)

Es ist auch wichtig, liebe Frau Kollegin Kamm, dass meine Innenministerkollegen und ich bei der Innenministerkonferenz in Quedlinburg vor drei Wochen einvernehmlich beschlossen haben, dass zum einen künftig Straftäter und Gefährder wieder in den Zentralirak abgeschoben werden können. Zum anderen haben wir nun wieder Klarheit darüber, dass nach Afghanistan kein generelles Abschiebeverbot besteht. Ich darf darauf hinweisen, Frau Kollegin Stamm: Der Bericht der Bundesregierung liegt vor.

(Christine Kamm (GRÜNE): Aber er ist nicht veröffentlicht!)

Nachdem in der Koalition darüber gesprochen worden ist, hat die Bundeskanzlerin öffentlich ausdrücklich festgestellt, dass jetzt wieder ohne Einschränkungen nach Afghanistan abgeschoben werden kann.

(Georg Rosenthal (SPD): Nein, es darf nicht ohne Einschränkungen nach Afghanistan abgeschoben werden! Das stimmt nicht!)

– Aber in die Regionen – –.

(Georg Rosenthal (SPD): Aha! – Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Soweit ich das beurteilen kann, gehen von Deutschland aus nur Flieger nach Kabul und nicht in irgendwelche gefährdete Regionen. Herr Kollege Rosenthal, Sie können mir wahrscheinlich kein einziges Beispiel nennen, bei dem ein Abschiebeflug aus Deutschland in den letzten zwei, drei Jahren in eine andere Stadt gegangen ist. Insofern ist das eine rein abstrakte Diskussion. Wir können uns aber gerne darauf verständigen. Das ist ein Unterschied zu dem, was vorhin vonseiten der GRÜNEN und von Frau Kollegin Stamm erklärt worden ist. Ich bedanke mich, dass das im Dringlichkeitsantrag ausdrücklich festgehalten ist. Nach einer sorgfältigen Prüfung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – –.

(Christine Kamm (GRÜNE): Ja, sorgfältig!)

Gerade bei den afghanischen Flüchtlingen wird in jedem Einzelfall sorgfältig geprüft, ob eine individuelle Verfolgung vorliegt oder nicht. Wir haben eine Anerkennungsquote von rund 30 %. Das zeigt, die Einzelfälle werden angeschaut. Einzelne werden anerkannt, andere aber werden nach individueller Prüfung eben nicht anerkannt. Das kann uns nicht egal sein. Wir können nicht sagen: Wir lassen alle da. – Nein, jetzt ist Klarheit geschaffen. Diejenigen, die nach individueller Prüfung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht anerkannt worden sind, müssen unser Land auch wieder verlassen. Die Bundesregierung hat festgestellt, dass das zumutbar ist. Wir werden uns deshalb an künftigen Rückführungsflügen, die die Bundesregierung organisiert, auch beteiligen.

Meine Damen und Herren, wir haben aber auch vonseiten Bayerns unsere Hausaufgaben gemacht. Die Bayerische Staatsregierung hat den Bayerischen Asylplan beschlossen. Diesen Plan setzen wir konsequent um.

Sie haben vorhin vom Koalitionsvertrag gesprochen, lieber Herr Kollege Rinderspacher. Ja, der Koalitionsvertrag enthält die Anker-Zentren. Wir haben beschlossen, dass in jedem bayerischen Regierungsbezirk eine solche Anker-Einrichtung geschaffen wird. Wer hat sich denn in merkwürdiger Weise in den letzten Wochen landauf und landab, zeitweilig auch bundesweit aus der ganzen Diskussion davonstehlen wollen? Seit der Innenministerkonferenz in Quedlinburg ist jetzt etwas Ruhe eingeekehrt. Wer hat denn kundgetan, mit Anker-Zentren eigentlich überhaupt nichts zu tun haben zu wollen?

(Markus Rinderspacher (SPD): Weil Herr Seehofer nicht geliefert hat! Sie haben es nur umetikettiert! – Unruhe bei der SPD)

Wir richten diese Anker-Zentren ein, und zwar mit all dem, was im Koalitionsvertrag steht. Ich freue mich, wenn wir darüber Einigkeit haben und das von der SPD-Landtagsfraktion mitgetragen wird. Genau so bringen wir nämlich mehr Effizienz und mehr Tempo in die Verfahren. Es muss klar sein: Wer anerkannt wird, der muss möglichst schnell integriert werden. Wer aber nicht anerkannt wird, der muss unser Land möglichst schnell wieder verlassen.

Wir werden auch eigene bayerische Abschiebeflüge durchführen. Wir werden die freiwilligen Ausreisen durch passgenaue Förderprogramme forcieren. Wir werden die Aufenthaltsbeendigung bei Straftätern und bei Gefährdern durch eine Taskforce beim Landesamt für Asyl und Rückführungen weiter beschleunigen. Wir werden das Sachleistungsprinzip in diesen Einrichtungen verstärken.

All dies zeigt: Wir reden nicht nur von einer Neuordnung der Migrationspolitik, sondern wir gehen sie an. Wir wollen sie angehen in Bayern, wir wollen sie auf bundesdeutscher Ebene angehen, und wir wollen sie auf europäischer Ebene angehen. Wenn Sie, Herr Kollege Rinderspacher, in Ihren Rundumschlägen vorhin gemeint haben,

(Zuruf von den GRÜNEN: Die größten Baustellen!)

sich mit Ihrer schon etwas merkwürdig geratenen Ansprache

(Widerspruch bei der SPD)

am Schluss noch in Vorwürfe des Nationalismus versteigen zu sollen, dann kann ich das nur als lächerlich bezeichnen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist lächerlich. Ich sagen Ihnen hier ausdrücklich: Ja, wir befürworten gesamteuropäische Lösungen. Aber ich sage Ihnen auch noch einmal: Nicht die Bundesrepublik Deutschland und nicht der Freistaat Bayern haben in den letzten Jahren gegen geltendes europäisches Recht verstoßen

(Horst Arnold (SPD): Ach!)

– das werden ja wohl auch Sie nicht behaupten, Herr Kollege Arnold –,

(Horst Arnold (SPD): "Herrschaft des Unrechts!")

sondern ganz offenkundig tun andere europäische Länder schon seit Jahren nicht mehr das, was im Schengen-Recht und was im Dublin-Recht vorgesehen ist. Sie setzen sich einfach darüber hinweg oder lassen es laufen; jedenfalls halten sie sich nicht mehr an geltendes europäisches Recht. Das sind andere europäische Länder und nicht die Bundesrepublik Deutschland und der Freistaat Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian Ritter (SPD))

Es hat sich gezeigt: Wer in den letzten Jahren versucht hat, gesamteuropäische Lösungen dadurch zu erreichen, dass er ein ums andere Mal erklärt hat, wir brauchen ein Konzept, in dessen Rahmen alle Flüchtlinge, die in Europa ankommen, gleichmäßig auf alle EU-Staaten gleichmäßig verteilt werden, der ist damit ganz offensichtlich

gescheitert. Es gibt nämlich eine Fülle von europäischen Ländern, wohlgemerkt wiederum nicht die Bundesrepublik Deutschland, die sich daran nicht beteiligen wollen.

(Zurufe von der SPD: Orbán!)

– Das ist wieder mal typisch; da fallen Ihnen immer nur Ungarn und Orbán ein. Sie sehen nicht, dass darunter auch sozialdemokratisch regierte europäische Länder sind und inzwischen ganz Osteuropa sich nicht mehr daran beteiligen will.

(Beifall bei der CSU)

Inzwischen ist auch in Skandinavien nichts mehr von dieser Stimmung geblieben. Noch vor zwei Jahren wurde Skandinavien aufgrund seiner Aufnahmebereitschaft hoch gelobt; aber schauen Sie sich einmal an, wie heute die Politik in Schweden und in Dänemark aussieht. Diese Länder führen mittlerweile am fleißigsten ihre Dublin-Fälle nach Deutschland zurück. Das ist inzwischen die Situation, auch in Skandinavien, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Gisela Sengl (GRÜNE): Wie können Sie klatschen, wenn man die Solidarität aufgibt?)

Ich darf auch auf Folgendes hinweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Am vergangenen Sonntag ist in Brüssel intensiv darüber diskutiert worden, ob man, um mit Lösungen voranzukommen, doch Camps oder Ankunftscentren in Nordafrika errichten sollte. Dazu gibt es immer noch ganz unterschiedliche Meinungen. Aber es ist interessant, dass inzwischen eine Vielzahl von EU-Mitgliedstaaten diesen Vorschlag sehr ernsthaft und intensiv unterstützt und voranbringen will. Ich erinnere daran: Als Herr Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer schon vor zwei Jahren diesen Vorschlag eingebracht hat, der zeitweilig vom ehemaligen Bundesminister de Maizière unterstützt worden ist, wurde das noch als völlig abwegig und dergleichen bezeichnet; davon dürfe doch überhaupt nicht die Rede sein. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber hält schon mindestens ein Drittel der EU-Mitgliedstaaten es für absolut richtig, dass wir solche Maßnah-

men in Nordafrika ganz konkret angehen, meine Damen und Herren. So ändern sich die Zeiten.

(Beifall bei der CSU)

Noch eines will ich Ihnen sagen. Dabei ist leider, lieber Herr Rinderspacher, bei Ihnen etwas ziemlich durcheinandergeraten. Ich sage Ihnen, wofür wir stehen. Das hat nichts mit Nationalismus zu tun.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Mit was dann?)

Die Bayerische Staatsregierung und die Christlich-Soziale Union stehen in der Tat für einen starken Staat, der bestmöglich für die Sicherheit seiner Bürger sorgt. Dafür stehen wir. Wir stehen für einen starken Staat, der die Kontrolle darüber behält, wer in unser Land kommt. Das ist der Normalzustand! Das ist das Selbstverständnis jedes funktionierenden Staates auf dieser Welt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Sie schwächen die Bundesrepublik und machen sie erpressbar! Das ist das Problem!)

Das ist das Selbstverständnis eines jeden Staates, der USA genauso wie der Staaten Indien, Japan und aller möglichen anderen Staaten auf dieser Welt, ganz selbstverständlich.

(Horst Arnold (SPD): Nordkorea!)

Wir haben – da sind wir wieder bei dem Punkt, Herr Rinderspacher – im Rahmen des Schengen-Systems die Kontrolle darüber, wer in das eigene Land kommt, der Gesamtheit der Schengen-Staaten übertragen. Wir haben uns nicht davon verabschiedet, dass wir die Kontrolle darüber haben wollen, wer in unser Land kommt, sondern wir haben das als Teil der Gemeinschaft aufgefasst und definiert.

Aber das Problem ist, dass das nur so lange funktioniert, wie alle, die diesem System angehören, sich tatsächlich an die Verpflichtungen halten. Da sind wir beim entscheid-

enden Punkt. Allein aus Griechenland waren in den letzten Jahren mehrere öffentliche Äußerungen von Mitgliedern der Regierung zu vernehmen, in denen erklärt wurde, die griechischen Außengrenzen könne man überhaupt nicht schützen. Ich will hier gar nicht bewerten, ob man das kann oder nicht. Aber wir sind hier bei einem Kernproblem und leider wieder beim Beispiel Griechenlands. Kein EU-Mitgliedsland ist gezwungen, ein Teil des Schengen-Systems zu sein. Man ist nur dabei, wenn man es von sich aus extra beantragt hat. Es handelt sich sozusagen um einen Extra-Club innerhalb der EU. Keiner ist dazu gezwungen worden. Es geht nicht an, dass man dabei sein will, weil man sich zum Beispiel für den Tourismus Vorteile verspricht, und hinterher erklärt, dass man die damit eingegangenen Verpflichtungen überhaupt nicht einhalten kann. So können wir Europa nicht konstruieren, meine Damen und Herren. Das ist genau der Punkt.

(Beifall bei der CSU)

Ja, wir haben in diesem Schengen-System die Kontrolle der Grenzen nach außen in den Außenbereich verlagert, und wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass das ein sinnvolles System ist.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie sind doch gar nicht zuständig!)

Aber es muss funktionieren, und solange es nicht funktioniert, nehmen wir für uns in Anspruch, dass unsere eigenen Grenzen wieder kontrolliert werden müssen. Das ist unser einfacher Grundsatz.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Bundesminister Seehofer hat angekündigt, dass an der Spitze seines Masterplans in der Tat ein Marshallplan für Afrika stehen wird. Wir müssen nämlich damit beginnen, die Hilfe für die Herkunftsländer deutlich zu verstärken. Aber dies alles gehört in der Tat zusammen: der Marshallplan für Afrika, der Schutz der EU-Außengrenzen, die Bekämpfung des Schleuserwesens und des Asylmiss-

brauchs und ganz am Schluss die Integration der anerkannten Flüchtlinge, die wir bestmöglich gestalten wollen, damit der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gewährleistet bleibt.

Ich sage Ihnen deutlich, meine Damen und Herren: Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft einzutreten, dafür einzutreten, dass die Grundwerte unserer Gesellschaft und die kulturelle Prägung unseres Landes bewahrt werden, dass Bayern und unser deutsches Vaterland so bleiben, wie es die Menschen zu schätzen wissen, hat nichts mit Nationalismus zu tun. Aber es ist in der Tat ein vernünftiger Patriotismus in einem geeinten Europa, für das wir auch weiter eintreten. Dafür stehen die Staatsregierung und die CSU.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD) und Ulrike Gote (GRÜNE) – Lebhafter Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Frau Kamm. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Zu meiner Form von Patriotismus gehört auch, dass ich für Menschenrechte eintreten möchte. Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat eine ziemlich umfangreiche Ausfertigung zu dem Thema Zurückweisung an der Grenze erarbeitet und ist zu der Schlussfolgerung gekommen, dass diese Zurückweisung unrechtmäßig wäre. Ich würde sie Ihnen zukommen lassen und Sie bitten, darzulegen, weshalb Sie anderer Ansicht sind.

Ich möchte zu Afghanistan sagen: Auch eine Bundeskanzlerin kann sich mal irren.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Soll ich jetzt dementieren, dass sich die Bundeskanzlerin mal irren kann?

(Unruhe bei den GRÜNEN – Ulrike Gote (GRÜNE): Sie hat das Wort!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Lassen Sie bitte die Frau Kamm ausreden.

Christine Kamm (GRÜNE): Sie haben sich auf die Bundeskanzlerin berufen. Das ist interessant. Aber gut, das können Sie ja machen.

Folgendes halte ich wirklich für eine Schande: Das Außenministerium hat eine neue Lagebeurteilung zu Afghanistan angefertigt. Diese Lagebeurteilung wurde nicht veröffentlicht. Wie kann das denn eigentlich sein? – Dann kommen irgendwelche Leute bei flüchtigem Darüberschauen auf die Idee, dass Zurückweisungen möglich sind. Ich kenne einiges an Hintergründen über diese Lagebeurteilung. Die Lagebeurteilung ist weitaus kritischer als die letzte. Daher kann ich dieser Schlussfolgerung überhaupt nicht folgen.

Außerdem haben Sie gesagt, Sie seien in großer Sorge, dass Flüchtlinge über die Grenzen kommen usw. usf., und dass man praktisch dagegen vorgehen muss. Ich möchte dazu sagen: Dazu gehört als Allererstes, dass man verhindern muss, dass neue Fluchtursachen entstehen. Sie sprechen immer so schön von der Beseitigung von Fluchtursachen. Aber ich sage Ihnen, es sollten erst gar keine neuen Fluchtursachen entstehen. Was ist jetzt zum Beispiel im Norden von Syrien los? – In einzelnen Gebieten konnten Menschen bislang überleben. Dort sind aber viele aus ganz Syrien Geflüchtete angekommen, in Afrin und in der Region um Afrin. Da sind hier mit deutschen Panzern

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, zwei Minuten!

Christine Kamm (GRÜNE): ... Einmärsche durchgeführt worden. Da sind ganze Städte und Dörfer zerstört worden. Da sind Menschen vertrieben worden. Ich habe den UNHCR gebeten, mit Hilfsmitteln – –

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, zwei Minuten!

Christine Kamm (GRÜNE): Jawohl. – Ich habe den UNHCR gebeten, mit Hilfsmitteln hinzukommen.

(Unruhe)

Der UNHCR hat gesagt, er kann nicht hin; die Sicherheitslage ist so. Deutsche schicken über die Türkei ihre Panzer dorthin,

(Peter Winter (CSU): Ausschalten!)

und die Menschen sind im Elend und können auch nicht raus, weil die Grenzen hermetisch abgeriegelt sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Minister.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Das Thema ist auf alle Fälle nicht lustig.)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur noch einmal etwas zu dem Thema Afghanistan sagen. Es gibt einen Bericht der Bundesregierung. Er ist innerhalb der Bundesregierung diskutiert worden. Die Bundeskanzlerin hat öffentlich festgestellt, wie sie die Lage bewertet. Es hat sich, soweit ich sehe, die gesamte Bundesregierung dahinter gestellt; jedenfalls hat kein einziges Mitglied der Bundesregierung widersprochen. Dies ist allen 16 Bundesländern so mitgeteilt worden. Deshalb, mit Verlaub, liebe Frau Kollegin Kamm, ist das nicht irgendwer. In dieser Art und in diesem Tonfall haben aber Sie über die amtierende Bundesregierung gesprochen. Darauf weise ich nur hin, weil zurzeit die unterschiedlichsten Maßstäbe angelegt werden. Die amtierende Bundesregierung hat das so festgestellt, und ich halte das auch für richtig.

Was die Abweisung an den Grenzen betrifft, mag es sein, dass es ein solches Institut gibt, wie Sie das gerade dargelegt haben. Trotzdem ist am Schluss immer noch maßgeblich, was in diesem Punkt das ressortmäßig dafür zuständige Bundesinnenministerium dazu sagt. Im Übrigen gibt es dazu auch die interessantesten Darlegungen, zum Beispiel auch vom Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages und, und, und. Ich habe Ihnen meine Rechtsmeinung dazu vorhin vorgetragen und brauche sie, glaube ich, an dieser Stelle nicht zu wiederholen. Wir werden jedenfalls auf der Grund-

lage dessen, was die Mehrheit dieses Hohen Hauses jetzt beschließen wird, unsere Politik auch in Zukunft konsequent fortsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Minister, wir haben noch eine Zwischenbemerkung: Kollege Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Staatsminister, Sie haben an einer wichtigen Stelle Ihres Redebeitrags ausgeführt und das auf Zuruf des Kollegen Rinderspacher bestätigt, dass sich die Bundesrepublik Deutschland und auch der Freistaat Bayern im Zuge der Debatte und der Diskussion über die Flüchtlingspolitik nach Recht und Gesetz verhalten haben. Das war Ihre Aussage. Können Sie mir sagen, warum der frühere Ministerpräsident dieses Freistaats und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer, gerade was die Bundesrepublik Deutschland und die Haltung der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin betrifft, über einen langen Zeitraum ständig von einer Herrschaft des Unrechts gesprochen hat? Das war doch auch so eine Debatte, in der man versucht hat, mit einem Kampfbegriff die Stimmung im Lande anzuheizen.

(Manfred Ländner (CSU): Wer heizt hier die Stimmung an?)

Und Sie gehen jetzt hier ans Mikrofon und sagen: Die Bundesrepublik hat nach Recht und Gesetz gehandelt.

Eine zweite Einschätzung unsererseits, und da würde mich auch Ihre Meinung als Parlamentarier interessieren. Seit Beginn dieser Debatte ist Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder in einer Facebook-Sprechstunde zugange, einer Debatte, an der er sich maßgeblich beteiligt, die er maßgeblich vorangetrieben hat und die er eskalieren hat lassen, nämlich in der Debatte über die Migrationspolitik und über die rechtlichen Voraussetzungen dafür. Aus Sicht des Parlaments stelle ich fest, dass es ein völlig unangemessenes Verhalten eines Ministerpräsidenten ist,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

bei einer Debatte, die er selbst angezettelt hat, nicht hier im Parlament Rede und Antwort zu stehen, sondern auf Facebook eine Sprechstunde abzuhalten. Sie sind an einem Punkt angelangt, der nicht nur inhaltlich, sondern auch, was die Umgangsform mit diesem Parlament betrifft, inakzeptabel ist. Das weisen wir mit Entschiedenheit zurück. So kann man als Ministerpräsident weder mit der Öffentlichkeit noch mit dem Parlament umgehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Sie wissen, Herr Kollege Halbleib, dass Ihnen der Ministerpräsident für jede gewünschte Diskussion immer zur Verfügung steht.

(Lachen des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Wenn Sie da besonderen Bedarf sehen, werde ich ihm das gern mitteilen.

(Natascha Kohnen (SPD): Das ist das Parlament!)

Dann wird er gerne die Debatte mit Ihnen führen.

Zum Thema des europäischen Rechts – und darum ging es, Herr Kollege Halbleib, und das haben Sie sicherlich sehr genau registriert – habe ich vorhin festgestellt, nicht die Bundesrepublik Deutschland oder der Freistaat Bayern hat in den letzten Jahren gegen europäisches Recht verstoßen, sondern es sind leider ein paar andere Mitgliedsländer gewesen.

(Zuruf von der SPD: Ach so!)

– Genau so habe ich es ausgeführt; Sie werden es im Protokoll nachlesen können. Sie haben die Vorschriften des Schengen-Rechts und des Dublin-Rechts nicht beachtet. Darum ging es. Nicht wir sind es, die im Moment die europäische Ordnung infrage stellen, sondern wir pochen darauf, das europäische Recht wieder einzuhalten, das von einigen – nicht von allen, aber von einigen – anderen europäischen Ländern in

den letzten Jahren missachtet worden ist. Darum ging es. Das habe ich in Erinnerung gerufen, und dazu stehe ich uneingeschränkt.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Wo bleibt Söder?)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatsminister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wir haben vier Anträge. Ich beginne mit den drei einfachen Abstimmungen, und am Schluss kommt dann die namentliche Abstimmung über den geänderten Antrag der CSU-Fraktion.

Ich beginne mit dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/22894; das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Die Gegenstimmen, bitte. – Die Fraktionen der CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos). Gibt es Enthaltungen? – Kollege Muthmann (fraktionslos). Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/22895 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie die Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos) und der Kollege Muthmann (fraktionslos). Die Gegenstimmen, bitte. – Die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/22896 – das ist jetzt der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie die Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos). Die Gegenstimmen, bitte. – Die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER sowie die Kol-

legen Felbinger (fraktionslos) und Muthmann (fraktionslos). Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/22853. Er hat eine Änderung erfahren, meine Damen und Herren.

(Horst Arnold (SPD): Was? – Weitere Zurufe)

Ich muss sie bekannt geben. Das ist eine umfassende Änderung; sie ist nicht sehr lang.

(Horst Arnold (SPD): 61 Punkte!)

Es geht im ersten Absatz um den vorletzten Satz. Er lautet: "Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang die Anordnung des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat zur Zurückweisung von Asylsuchenden an der deutschen Grenze mit sofortiger Wirkung für alle Fälle von Wiedereinreiseperrre und Aufenthaltsverbot sowie seine Ankündigung, dass bereits jetzt Vorbereitungshandlungen für eine Zurückweisung derjenigen getroffen werden, die bereits in einem EU-Land einen Asylantrag gestellt haben." Jetzt kommt die Änderung: "oder als Flüchtlinge registriert wurden."

(Markus Rinderspacher (SPD): Das habt ihr nämlich vergessen gehabt!)

Das ist der geänderte Antrag. Er steht jetzt zur namentlichen Abstimmung. Die Urnen sind bereit. Ich gebe Ihnen fünf Minuten, meine Damen und Herren.

(Namentliche Abstimmung von 18.09 bis 18.14 Uhr)

Ich möchte die Kollegen der GRÜNEN-Fraktion daran erinnern, dass seit 15 Minuten Schriftführung ansteht.

Ich schließe die Abstimmung und bitte darum, das Ergebnis wie immer draußen zu ermitteln. Wir fahren in der Tagesordnung fort.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nun komme ich zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den geänderten Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Reiß, Freller und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Neuordnung der Migrationspolitik: Begrenzung, Steuerung und Ordnung von Zuwanderung!" auf Drucksache 17/22853. Mit Ja haben 74, mit Nein 43 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 8 Stimmenthaltungen und 15 ungültige Stimmen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.06.2018 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Karl Freller u. a. und Fraktion CSU; Neuordnung der Migrationspolitik: Begrenzung, Steuerung und Ordnung von Zuwanderung! (Drucksache 17/22853)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gerlach Judith	X		
Aigner Ilse	X			Gibis Max	X		
Aiwanger Hubert				Glauber Thorsten			
Arnold Horst		X		Dr. Goppel Thomas	X		
Aures Inge		X		Gote Ulrike			
				Gottstein Eva			
Bachhuber Martin	X			Güll Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Güller Harald		X	
Bauer Volker				Guttenberger Petra	X		
Baumgärtner Jürgen	X						
Prof. Dr. Bausback Winfried				Haderthauer Christine	X		
Beißwenger Eric	X			Häusler Johann		X	
Dr. Bernhard Otmar	X			Halbleib Volkmar		X	
Biedefeld Susann		X		Hanisch Joachim			X
Blume Markus				Hartmann Ludwig			
Bocklet Reinhold				Heckner Ingrid	X		
Brannekämper Robert	X			Heike Jürgen W.	X		
Brendel-Fischer Gudrun				Herold Hans	X		
von Brunn Florian		X		Dr. Herrmann Florian	X		
Brunner Helmut	X			Herrmann Joachim	X		
				Dr. Herz Leopold			X
Celina Kerstin				Hiersemann Alexandra		X	
				Hintersberger Johannes	X		
Deckwerth Ilona		X		Hözl Florian	X		
Dettenhöfer Petra				Hofmann Michael			
Dorow Alex	X			Holetschek Klaus	X		
Dünkel Norbert	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dr. Dürr Sepp				Huber Erwin	X		
				Dr. Huber Marcel	X		
Eck Gerhard	X			Dr. Huber Martin	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute				Huber Thomas	X		
Eisenreich Georg				Dr. Hünnerkopf Otto	X		
				Huml Melanie	X		
Fackler Wolfgang	X						
Dr. Fahn Hans Jürgen				Imhof Hermann			
Fehlner Martina							
Felbinger Günther		X		Jörg Oliver	X		
Flierl Alexander	X						
Freller Karl				Kamm Christine			
Fröschl Markus	X			Kaniber Michaela	X		
Füracker Albert				Karl Annette			
				Kirchner Sandro	X		
Ganserer Markus				Knoblauch Günther		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		König Alexander	X		
Gehring Thomas				Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen			
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena			
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin			
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara			
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Straub Karl			
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	74	43	8